

Besser vorsorgen

Über den Schutz der Trinkwasserressourcen durch ökologische Landwirtschaft

von Daniel Petry

Die Belastungen mit Nitrat und Rückständen von Pflanzenschutzmitteln (PSM) im Grundwasser, der wichtigsten Trinkwasserressource in Deutschland, verharren in vielen Regionen seit Jahrzehnten auf hohem Niveau. Deren Beseitigung erfordert einen teuren und energieintensiven verfahrenstechnischen Aufwand. Wasserversorger setzen daher seit Jahrzehnten auf den vorsorgenden Gewässerschutz und fördern eine gewässerschonende Landwirtschaft durch Kooperationen mit Landwirtinnen und Landwirten in den Trinkwassereinzugsgebieten. Trotz verschiedener Vorzeigeprojekte erfolgreicher Kooperationen zwischen Wasserversorgung und Ökolandbau bleibt der Flächenanteil des Ökolandbaus in den Intensivagrarrregionen jedoch bis heute gering. Das flächendeckende Problem landwirtschaftlich verursachter Belastungen kann insofern allenfalls gelindert, nicht aber gelöst werden. Der nachfolgende Beitrag fordert daher verbesserte Rahmenbedingungen und eine Anpassung der Förderinstrumente auf Bundes- und Länderebene, um den Ökolandbau als wichtigen Baustein des Schutzes der Trinkwasserressourcen gezielt fördern zu können.

Die öffentliche Wasserversorgung in Deutschland beruht zu circa 70 Prozent auf der Nutzung von Grundwasser und Quellwasser. Die übrigen 30 Prozent verteilen sich auf die Nutzung von Uferfiltrat, Seen, Talsperren und Flusswasser.¹ Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich daher auf die Belastungen des oberflächennahen Grundwassers.

Stoffliche Belastungen aus der Landwirtschaft

Im Grundwasser finden sich Nitrat, Pflanzenschutzmittelwirkstoffe und deren Abbauprodukte (Metaboliten). Diese stofflichen Belastungen stammen überwiegend aus der landwirtschaftlichen Flächennutzung und stellen die Wasseraufbereitung der öffentlichen Wasserversorgung vor große Herausforderungen.

Der aktuelle Nitratbericht der Bundesregierung² zeigt, dass im jüngsten Berichtszeitraum 2020 bis 2022 ein Viertel der landwirtschaftlich beeinflussten Grundwassermessstellen eine Nitratkonzentration von über 50 Milligramm pro Liter (mg/l) aufweisen und damit den Schwellenwert des guten chemischen Zustands des Grundwassers gemäß Grundwasserverordnung und den Grenzwert für Trinkwasser ge-

mäß Trinkwasserverordnung überschreiten (Tab. 1). Im Mittel lag die Nitratkonzentration der mit über 50 mg/l belasteten Messstellen sogar bei 98 mg/l.

Der seit 2015 zu beobachtende leicht sinkende Anteil stark belasteter Messstellen wurde in der medialen Berichterstattung bereits als Trendwende bezeichnet und als Beweis für wirksame Verschärfungen des Düngerechts in den vergangenen Jahren angeführt. Der Nitratbericht selbst stellt hierzu jedoch fest: »Aufgrund vielfältiger Einflussfaktoren und komplexer Prozesse ist eine Voraussage der künftigen Entwicklung der Gewässerbelastung allein auf Basis der derzeit beobachteten Trends nicht zielführend.«³ Auch viele Wasserversorgungsunternehmen können eine Trendwende hin zu sinkenden Nitratbelastungen in ihren Trinkwassereinzugsgebieten nicht feststellen.

Komplexer ist die Situation bei den Grundwasserbelastungen mit PSM-Wirkstoffen und deren Metaboliten. Der aktuelle LAWA-Bericht zur Grundwasserbeschaffenheit in Deutschland⁴ zeigt über die vergangenen drei Berichtszeiträume hinweg bei Wirkstoffen und relevanten Metaboliten nahezu konstante Fundraten und leicht rückläufige Überschreitungen des Schwellenwertes der Grundwasserverordnung in

Höhe von 0,1 Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$), der zugleich dem Grenzwert der Trinkwasserverordnung entspricht (Tab. 2). Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass dieser Rückgang der Belastungen ganz überwiegend auf niedrigere Belastungen mit seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr zugelassenen Wirkstoffen wie Atrazin und deren Metaboliten beruht.

Ein entgegengesetzter Trend zeigt sich hingegen bei den nicht relevanten Metaboliten, mit einem starken Anstieg der Fundraten und der Überschreitungen der für Trinkwasser abgeleiteten Gesundheitlichen Orientierungswerte (GOW). Das ist eine aus Sicht der Wasserversorgung ausgesprochen besorgniserregende Entwicklung. Zumal die Neubewertung von PSM-Wirkstoffen in der Vergangenheit bereits dazu geführt hat – und in Zukunft weiter dazu führen wird –, dass pflanzenschutzrechtlich nicht relevante Metaboliten zu relevanten Metaboliten umgestuft werden. In diesen Fällen muss dann im Trinkwasser kurzfristig der Grenzwert von 0,1 $\mu\text{g/l}$ eingehalten werden, der um den Faktor 10 bis 30 strenger ist als ein für die jeweilige Substanz bis dahin maßgeblicher GOW von 1,0 oder 3,0 $\mu\text{g/l}$.

Vorsorge oder End-of-pipe-Lösungen?

Bei der Aufbereitung von für die Wasserversorgung genutztem Grundwasser zu Trinkwasser bereiten Nitrat und die Metaboliten von PSM-Wirkstoffen große

Probleme. Für die Nitrateliminierung stehen grundsätzlich verschiedene verfahrenstechnische Lösungen zur Verfügung: von der biologischen Denitrifikation, über Ionenaustausch und Elektrodialyse bis hin zur Umkehrosmose. Allen Verfahren gemeinsam sind die damit verbundenen hohen Kosten und ein hoher energetischer Aufwand. Eine einschlägige UBA-Studie von 2017 hat zusätzliche Aufbereitungskosten zwischen 55 und 76 Cent und mehr pro Kubikmeter Wasser ermittelt.⁷ Das entsprach zum damaligen Zeitpunkt circa einem Drittel des von den Verbraucherinnen und Verbrauchern für einen Kubikmeter Trinkwasser zu zahlenden Entgelts. Nitrateliminierung würde also eine immense Kostensteigerung in der Wasserversorgung nach sich ziehen.

Die Metaboliten von PSM-Wirkstoffen gehören zu den organischen Spurenstoffen, deren Entfernung in der Wasseraufbereitung ebenfalls sehr aufwendig ist. Auch hier stehen grundsätzlich verschiedene verfahrenstechnische Lösungen wie der Einsatz von Aktivkohle, Ozonung oder Umkehrosmose zur Verfügung. Deren Einsatz ist aber ebenfalls aufwendig und teuer und bei manchen Metaboliten wie der Trifluoressigsäure (TFA) nur begrenzt wirksam.

Viele Wasserversorgungsunternehmen investieren daher in den vorsorgenden Gewässerschutz, um den Aufwand bei nachsorgenden technischen Lösungen begrenzen zu können. Seit über 30 Jahren haben sich in vielen Regionen Kooperationen zwischen Wasser- und Landwirtschaft etabliert und bewährt. Die Wasserversorgungsunternehmen fördern dabei gewässer-schonende Maßnahmen, die über die Gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft hinausgehen. Die Förderung bedient sich unterschiedlicher Instrumente wie zusätzlichen Beratungsleistungen, finanziellen Erfolgsprämien bei Unterschreitung von Vorgaben für Nmin-Werte⁸ oder betriebliche Stickstoff-Bilanzüberschüsse bis hin zur Bereitstellung spezialisierter Maschinen für die konservierende Bodenbearbeitung und die mechanische Unkrautbekämpfung. Aber gerade in den landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen können sie vielfach das Problem landwirtschaftlicher Belastungen der Trinkwasserressourcen nicht lösen, sondern nur lindern.⁹

Leistungen des Ökolandbaus ...

In den vergangenen Jahren gerät daher der Ökolandbau zunehmend in den Fokus der Überlegungen für einen verbesserten Schutz des Grundwassers in den Trinkwassereinzugsgebieten. Das Thünen-Institut hat 2019 in einer groß angelegten Studie die Leistungen des Ökolandbaus für Umwelt und Gesellschaft untersucht und kommt für den Bereich Gewässerschutz zu dem Schluss:

Tab. 1: Entwicklung der Nitratbelastungen des Grundwassers in Deutschland⁵

Häufigkeiten mittlerer Nitratkonzentrationen			
Konzentrationsklasse	2020-2022	2016-2019	2012-2015
< 25 mg/l	51,2 %	49 %	48 %
25 – 50 mg/l	23,2 %	24,5 %	23,7 %
> 50 mg/l	25,6 %	26,6 %	28,3 %

Tab. 2: Entwicklung der PSM-Belastungen des Grundwassers in Deutschland⁶

PSM-Wirkstoffe und relevante Metaboliten			
Zeitraum	2017-2021	2013-2016	2009-2012
Fundrate*	18,75 %	18,8 %	19,1 %
> 0,1 $\mu\text{g/l}$ (Schwellenwert GrwV / Grenzwert TrinkwV)	3,63 %	3,8 %	4,6 %
nicht relevante Metaboliten			
Zeitraum	2017-2021	2013-2016	2009-2012
Fundrate*	72,1 %	57,5 %	44,6 %
> 1,0 / 3,0 $\mu\text{g/l}$ (GOW Trinkwasser)	24,5 % / 9,9 %	13,8 % / 4,7 %	10,5 % / 3,6 %

* Gemeint ist die Fundrate oberhalb der Bestimmungsgrenze

»Die Auswertung der Untersuchungen zeigt, dass bei 70 Prozent der 292 Paarvergleiche [zwischen konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben] die ökologische Variante hinsichtlich des Austrags von Stickstoff und Pflanzenschutzmitteln eindeutige Vorteile gegenüber der konventionellen Bewirtschaftung aufwies. Insofern kann der ökologische Landbau insbesondere zur Bewirtschaftung von Wasserschutzgebieten in Deutschland empfohlen werden.«¹⁰

Diese Studie war für den Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) der Anlass, sich in seinen Fachgremien intensiver mit dem Ökolandbau in Wassergewinnungsgebieten zu befassen und dazu 2021 eine Information mit Hinweisen für Wasserversorger und Wasserschutzberatung zu veröffentlichen.¹¹ Darin stellt der DVGW fest:

»Der ökologische Landbau kann auch in Wassergewinnungsgebieten ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Gewässerschutzziele in Bezug auf die Belastungen von Grund- und Oberflächenwasser mit Wirkstoffen aus Pflanzenschutzmitteln, deren Abbauprodukten (Metabolite), Nitrat und Phosphor sowie Tierarzneimitteln sein.«

Der DVGW weist in seiner Information aber auch darauf hin, dass für Wasserversorger erhebliche rechtliche Hürden bei einer gezielten Förderung des Ökolandbaus zu überwinden sind.

Im Juni 2025 haben die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) und der DVGW gemeinsam die Ergebnisse der mehrjährigen Arbeit einer DWA-Arbeitsgruppe zum Thema »Ökolandbau und Gewässerschutz« veröffentlicht.¹² Die Veröffentlichung dokumentiert sehr detailliert und umfassend die Herausforderungen und Leistungen des Ökolandbaus für den Gewässerschutz in der Grünlandwirtschaft, im Acker- und Pflanzenbau, in der Tierhaltung und im Obstbau. Zusätzlich werden erfolgreiche Kooperationen zwischen Wasserversorgungsunternehmen und ökologisch wirtschaftenden Betrieben vorgestellt sowie Initialprojekte beschrieben. Bekannte Beispiele sind die Kooperation der Stadtwerke München im Mangfalltal, das Wassergut Canitz der Wasserwerke Leipzig und das Ökolandbau-Programm des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbands.

... und ihre gezielte Förderung

Trotz der durch die vorgenannten Studien belegten Vorteile des Ökolandbaus für den Schutz der Trinkwasserressourcen gelingt es bislang über die oben genannten Erfolgsmodelle und Leuchtturmprojekte hinaus eher selten in den Intensivagrarrregionen erfolgreiche Kooperationen zwischen Wasserversorgung und Ökolandbau zu etablieren. So ist beispielsweise in Niedersachsen der Anteil an ökologisch bewirtschafteten

Flächen in Trinkwassereinzugsgebieten sogar geringer als außerhalb dieser Gebiete, in der das Lebensmittel Nr. 1 produziert wird. Das hat verschiedene Gründe:

- In den Intensivagrarrregionen ist der Anteil des Ökolandbaus auch aufgrund hoher Bodenpreise ohnehin relativ gering und die vorhandenen Fördermöglichkeiten für den Ökolandbau sind oftmals kein ausreichend attraktiver Anreiz für eine Umstellung.
- Die aktuelle Marktlage ist für viele potenziell umstellungswillige Betriebe mit hohen wirtschaftlichen Risiken verbunden.
- Eine beihilferechtlich legitime Förderung des Ökolandbaus in Trinkwassergewinnungsgebieten verlangt bei gleichzeitiger Teilnahme an anderen Förderprogrammen einen Doppelförderungsabgleich, so dass gegebenenfalls Abschläge bei anderen Agrarumweltmaßnahmen erforderlich sind. Die Regelungen und Vorgaben hierzu sind komplex und das Anbieten rechtssicherer Förderungen stellt Wasserversorgungsunternehmen vor große Herausforderungen.
- Die Förderung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe ist im Hinblick auf die erbrachten Ökosystemdienstleistungen, insbesondere durch den Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und den Verzicht auf den Einsatz von Mineraldünger, vergleichsweise zu gering.

Vor diesem Hintergrund fordern DVGW und Bio-land, dass Bund und Länder die Rahmenbedingun-

Folgerungen & Forderungen

- Die stofflichen Belastungen des Grundwassers stammen überwiegend aus der Landwirtschaft (Nitrat und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln) und stellen die öffentliche Wasserversorgung vor große technische wie finanzielle Herausforderungen.
- Die Gewässerschutzleistungen des Ökolandbaus sind durch verschiedene Studien belegt und haben sich bei Kooperationen von Wasserwirtschaft und Ökolandbau vielfach bewährt.
- Vor allem in Trinkwassereinzugsgebieten ist daher der Ökolandbau eine besonders geeignete Form der Landnutzung im Sinne des vorsorgenden Gewässerschutzes.
- Die Förderinstrumente auf EU-Ebene, aber auch bei Bund und Ländern, sind daher auf eine gezielte und stärkere Förderung des Ökolandbaus auszurichten – insbesondere in Trinkwassereinzugsgebieten.
- Dem vorsorgenden Gewässerschutz muss politisch mehr Gewicht verliehen werden, um die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensmittel Nr. 1, dem Trinkwasser, auch zukünftig sicherzustellen.

gen und Förderinstrumente so ausgestalten, dass eine Förderung des Ökolandbaus gezielt dort möglich ist, wo seine gesellschaftlichen und Ökosystemleistungen am größten sind, also beispielsweise in Trinkwassereinzugsgebieten.¹³

Auch auf politischer Ebene ist das Thema längst angekommen und es gibt klare Signale:

- Die *Zukunftskommission Landwirtschaft* empfiehlt in ihrem Abschlussbericht 2021: »Die nationale Umsetzung der EU-Agrarpolitik muss sicherstellen, dass die Finanzmittel für Umstellungs- und Beibehaltungsförderung entsprechend der politisch gewünschten Ausweitung des Ökolandbaus bereitgestellt werden können.«
- Die *Nationale Wasserstrategie* fordert 2023: »Durch die Umsetzung konkreter, auf den Ökolandbau zugeschnittener Maßnahmen und Förderangebote sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden, um bis 2030 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland ökologisch zu bewirtschaften. Insbesondere sollten in den Trinkwasserschutzgebieten und in den Einzugsgebieten von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung derartige Anreize geschaffen werden.«
- Der *Koalitionsvertrag* der aktuellen Bundesregierung stellt 2025 fest: »Der Ökolandbau ist ein wichtiges Element einer nachhaltigen und klimaschonenden Landwirtschaft und ein wichtiger Innovationsmotor. Mit einer Biostrategie werden wir den Ausbau des Ökolandbaus deutlich stärken [...]. Gleichzeitig reduzieren wir Hindernisse bei Erhalt und Ausbau des Ökolandbaus.«

Diesen Ankündigungen müssen nun konkrete Taten folgen! Die Überwindung der aufgeführten Hemmnisse muss bei der nächsten Verhandlungsrunde zur Ausgestaltung der GAP angegangen werden. Aber auch Bund und Länder können ihre Förderinstrumente auf eine gezielte Förderung des Ökolandbaus in Trinkwassereinzugsgebieten ausrichten.

Anmerkungen

- 1 Statistisches Bundesamt: Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserbeseitigung – Öffentliche Wasserversorgung – Fachserie 19, Reihe 2.1.1. Wiesbaden 2018.

- 2 BMEL und BMUV: Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen. Nitratbericht 2024. Bonn und Berlin 2024, S. 5.
- 3 Ebd., S. 4.
- 4 LAWA – Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser: Bericht zur Beschaffenheit des Grundwassers. Pflanzenschutzmittelwirkstoffe und Metaboliten; Funde und Tendenzen; Berichtszeitraum 2017 bis 2021. Potsdam 2024.
- 5 BMEL und BMUV (siehe Anm. 2).
- 6 LAWA (siehe Anm. 4).
- 7 M. Oelmann et al.: Quantifizierung der landwirtschaftlich verursachten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserbereitstellung. Endbericht des UFOPLAN-Vorhabens 3716 74 263 o. UBA-Texte 43/2017. Dessau-Roßlau 2017, S. 25.
- 8 N_{\min} steht für mineralischen Stickstoff und bezeichnet den pflanzenverfügbaren Stickstoff im Boden, der in Form von Nitrat und Ammonium vorliegt.
- 9 DVGW – Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches: Nitrat – Nitratbelastung des Grundwassers: Hintergründe, Forderungen und Lösungen der Wasserwirtschaft. DVGW energie | wasser kompakt, Bonn 2017.
- 10 J. Sanders und J. Heß (Hrsg.): Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt und Gesellschaft. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage. Thünen-Report 65, Braunschweig 2019, S. IV.
- 11 DVGW-Information Wasser Nr. 108: Ökologischer Landbau in Wassergewinnungsgebieten; Hinweise für Wasserversorger und Wasserschutzberatung. Bonn 2021, S. 4.
- 12 DWA-Themen T3/2025 / DVGW-Information Wasser Nr. 123 (2025): Ökolandbau und Gewässerschutz. Hennef/Bonn 2025.
- 13 »Ökolandbau wichtig für den Gewässerschutz – Bioland und DVGW fordern bessere Rahmenbedingungen für den Ökolandbau«. Gemeinsame Presseinformation DVGW und Bioland vom 16. Juni 2025.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- Jörn Sanders und Jürgen Heß: Gesellschaftliche Leistungen der Ökologischen Landwirtschaft. Interdisziplinäres Forschungsprojekt vergleicht ökologische mit konventionellen Anbausystemen. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 134-139.
- Jürgen Heß: Per se gut!? Die Leistungen des Ökolandbaus für den Grund- und Trinkwasserschutz. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 118-122.



Dr. Daniel Petry

Referent für Wasserwirtschaft, -güte und -verwendung beim DVGW – Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches in Bonn.

daniel.petry@dvgw.de

Klimalandschaften gestalten

Plädoyer für einen anderen Umgang mit Wasser in der Land(wirt)schaft
von Felix zu Löwenstein

Landwirtschaft und Ernährung sind auf vielfältige Weise Treiber des Klimawandels, denn sie verantworten ein Viertel der Treibhausgase und gestalten die Landnutzung. Niemand ist so stark unmittelbar von

den Folgen der globalen Erwärmung und den zunehmenden Wetterextremen betroffen, wie die Landwirtschaft. Gleichzeitig hat sie aber auch beachtliches Potenzial, das Klimawandelgeschehen zu beeinflussen.

Es ist deshalb richtig, in diesem Kontext die globale Landnutzung, unsere Lebensmittelerzeugung und unsere Ernährungsmuster ebenso prominent zu diskutieren wie die Energiewirtschaft, die Baubranche oder den Verkehr. Und es ist nicht verwunderlich, wenn es dabei zentral um Wasser geht. Denn mit nichts begegnen wir in der Landwirtschaft – und in vielen anderen Bereichen der Volkswirtschaft und des täglichen Lebens – dem Klimawandel direkter als durch ein Defizit an Wasser und zu viel davon.

Nicht selten begegne ich in der Diskussion der Annahme, wir könnten im Wesentlichen beim Alten bleiben, wenn es uns gelänge, Sorten zu züchten, die mit wenig Wasser und großer Hitze zurechtkommen. Weil das mit den klassischen Methoden nicht schnell genug ginge, bedürfe es der beherzteren Nutzung gentechnischer Verfahren. Und natürlich müsse man mehr bewässern.

Es geht um den Boden ...

Das ist schon deshalb Unfug, weil Klimawandel nicht nur aus heiß und trocken besteht und bei über-nass und -kühl diese Sorten uns nicht weiterhelfen würden. Es geht vielmehr um den Boden. Seine Fähigkeit, Wasser aufzunehmen, damit es ans Grundwasser weitergeleitet wird. Und seine Fähigkeit, Wasser zu speichern, damit es in trockeneren Phasen der Vegetation zur Verfügung steht. Weil solche Eigenschaften nur Böden mit hohem Humusgehalt haben und sie diesen nur durch ein reichhaltiges Bodenleben aufbauen können, spricht viel für den Ökologischen Landbau als Mittel gegen den Klimawandel. Weil er resiliente Verhältnisse im Boden und im (vielfältigen) Anbau schafft. Weil er durch Humusaufbau Kohlenstoff festlegt. Und weil die Preisrelationen bei seinen Produkten hin zu einer fleischarmen Ernährung wirken.

Ich vermute, dass unter den Leserinnen und Lesern dieser Zeilen kaum Menschen sind, die dem widersprechen würden – oder auch nur, denen diese Überlegungen neu sind.

... und um mehr

Wenn wir aber beim Boden stehen bleiben, kommen wir nicht weit genug. Weder in der Organisation von Widerstandskraft gegen die vielfältigen Wirkungen des Klimawandels, noch darin, ihn zu bremsen. Wir müssen auf die Ebene der Landschaft kommen. Zu »Klimalandschaften«, in denen Wasser gehalten und sein Abfluss verlangsamt wird, die dem Abtrocknen der Böden entgegenwirken und die zur Kühlung beitragen. Es ist bemerkenswert, wie wenig der Fokus darauf liegt, wo man doch auf verständiges Nicken hoffen darf, wenn man zur Kühlung von Agglomerationen Begrünung und »Schwammstädte« vorschlägt. Nicht nur auf den riesigen Schlägen im Osten Deutschlands

und vielen anderen Regionen Europas – von der Ukraine bis nach Andalusien – fällt ins Auge, dass dort solche Funktionen komplett ausfallen. Auch in vielfältigeren, aber nicht minder ausgeräumten Landschaften, wie bei uns in Südhessen, ist es mit Händen zu greifen: Jahrhunderte lang haben wir es als Kulturleistung gefeiert, Wasser so schnell wie möglich aus Landschaften zu entfernen. Und wenn die letzte Kultur abgereift ist, dann gibt es den kühlenden Effekt der Transpiration nicht mehr, den die Photosynthese mit sich bringt.

Paradigmenwechsel erforderlich

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Der Wasserabfluss muss gebremst werden – durch Anpassung von Ackerschlägen an die Konturen des Geländes, durch Agroforststreifen, durch Hindernisse und Rückstaustrukturen in Wasserläufen – und manch andere Maßnahme, die längst erfunden ist und deren Wirkung man besichtigen kann. Hierzulande, aber auch in Indien, Äthiopien oder Bolivien. So kommt mehr Wasser in die schon heute schwindenden Grundwasserreserven. Und so betreiben wir wirksamen Hochwasserschutz. Unnötig, noch hinzuzufügen, dass hierzu der wasseraufnahmefähigere Boden der Biobetriebe beiträgt.

Wir brauchen Pflanzen in der Landschaft, die Wind bremsen und durch Photosynthese die Landschaft kühlen. Vor allem Bäume (Agroforst) und möglichst rund ums Jahr Begrünung der Ackerflächen. Das erntet zusätzliches Wasser aus der Luft, verbraucht es aber auch, weshalb solche Maßnahmen Hand in Hand mit der Entschleunigung und Versickerung von Wasser einhergehen müssen.

Keine Frage: Veränderungen auf dem einzelnen Acker zu initiieren, ist einfacher. Da hat man in der Regel mit einem einzelnen Bauernhof zu tun. Klimalandschaften zu gestalten, erfordert Zusammenarbeit und ist deshalb gesellschaftlich und politisch anspruchsvoller. Es birgt aber auch eine Chance, die wir schon deshalb wahrnehmen müssen, weil sich die Landwirtschaft oft zurecht mit all den Anforderungen, die man an sie stellt, alleine gelassen fühlt. Die Chance, alle Akteure des ländlichen Raums – von Wasserwirtschaft über Tourismus bis hin zur wasserverbrauchenden Industrie – mit in die Verantwortung und in die Gestaltung zu nehmen. Wo das gelingt, gewinnen alle!



Dr. Felix Prinz zu Löwenstein

Agrarwissenschaftler, Autor, Biolandwirt und bis 2021 Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).

info@hofgut-habitzheim.de